

V-11 B Stop Killer Robots – Autonome Waffensysteme verhindern und weltweit ächten

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Neue Waffentechnologien haben die Kriegsführung in der Vergangenheit oft
2 verschlimmert und grausamer gemacht. Das gilt insbesondere für die Entwicklung
3 von Massenvernichtungswaffen. Heute stehen wir wieder am Anfang einer neuen
4 folgenschweren Entwicklung. Die Entwicklungen in der Informationstechnologie und
5 der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) machen auch vor Waffen und einer
6 militärischen Nutzung nicht halt. Mit den richtigen Regeln und klaren Grenzen
7 gibt es zwar Bereiche, wie das vollautonome Minenräumen, mit potentiellen
8 Chancen für die Sicherheitspolitik, es droht aber gleichzeitig eine
9 Kriegsführung, in der Algorithmen über Leben und Tod entscheiden.

10 Die Forschung an solchen vollautonomen Waffensystemen, so genannten Lethal
11 Autonomous Weapon Systems (LAWS) findet bereits statt. Sie ist finanziell gut
12 ausgestattet und verläuft in rasanter Geschwindigkeit. Es ist drei vor zwölf, da
13 einige Länder in Einzelfällen bereits Systeme in Betrieb nehmen. In Kürze droht,
14 dass in vielen Streitkräften autonome Waffensysteme eine zentrale Rolle
15 einnehmen. LAWS werden sich aufgrund der auf Sekundenbruchteile minimierten
16 Reaktionszeit nur mit anderen LAWS bekämpfen lassen, so dass wir ein massives,
17 ungebremstes Wettrüsten befürchten. Viele Staaten sehen sich daher bereits in
18 einem Sicherheitsdilemma, wenn sie sich diesem Trend entziehen. Diese Situation
19 ist vergleichbar mit ABC-Waffen, wo Lösungen (bei Chemie und Bio-Waffen)
20 ausschließlich durch eine vertragsbasierte Ächtung möglich waren. Die
21 Verbreitung autonomer Waffentechnologien droht die Hemmschwelle für einen
22 Gewalteinsatz weiter zu senken. Durch die Geschwindigkeit von Aktion und
23 Reaktion zwischen LAWS wächst die Gefahr, dass sich konventionelle Konflikte
24 ausweiten und eskalieren. Aber auch der Einsatz von Atomwaffen kann
25 wahrscheinlicher werden, wenn ihr Einsatz durch autonome Systeme ausgelöst
26 werden kann. Außerdem könnten autonome Waffensysteme auch zu Grenzkontrollen, in
27 der Polizeiarbeit oder gegen Demonstrationen eingesetzt werden.

28 Durch den Einsatz autonomer Waffensysteme kämen viele dringende politische,
29 ethische, völkerrechtliche und praktische Fragen und Probleme auf uns zu. Schon

30 heute strukturieren Computer Entscheidungen von Soldat*innen vor. Die Zahl der
31 Funktionen, die Waffensysteme bereits automatisch oder auch autonom ausführen
32 können, nimmt kontinuierlich zu. Sie erkennen anhand von Parametern mögliche
33 Ziele oder gesuchte Objekte. Die letztendliche Entscheidung über den Einsatz
34 tödlicher Gewalt muss aber beim Menschen bleiben. Deshalb stellen wir uns einer
35 schleichenden Abgabe der menschlichen Verantwortung klar entgegen und wollen das
36 humanitäre Völkerrecht stärken.

37 Automatisierte Abläufe – ob durch Technik oder durch Befehlsketten – können
38 ungewollt folgenschwere Eskalationsdynamiken in Gang setzen. Menschen haben
39 ethische Grundsätze, die weit über die rechtlichen Rahmenbedingungen
40 hinausreichen. Sie können auf ihr Gewissen hören. Sie können Gnade walten lassen
41 und sich im Zweifel für das Leben entscheiden. So gab es in den letzten
42 Jahrzehnten mehrere Situationen, in denen menschliches Zögern und nochmaliges
43 Überprüfen eine Eskalation verhinderten. Autonome Waffensysteme verstehen jedoch
44 nicht, was es bedeutet, einen Menschen zu töten. Sie verfügen über kein
45 Gewissen, keine ethischen Grundsätze oder über eine mit der menschlichen
46 Intelligenz vergleichbare Entscheidungskompetenz. Für sie ist auch das
47 menschliche Leben nur ein Datenpunkt. Die Entscheidung zu töten darf niemals
48 durch Algorithmen getroffen werden. Wird ein Mensch zum Objekt einer
49 maschinellen Entscheidung, wird er damit in seiner Menschenwürde verletzt.

50 Wir halten den Einsatz von autonomen Waffen für unvereinbar mit dem humanitären
51 Völkerrecht. Maschinen können nicht die Verhältnismäßigkeit oder die
52 Notwendigkeit eines Angriffs beurteilen. Der Einsatz von autonomen Waffen
53 verstieße daher gegen das völkerrechtliche Gebot zur Verhinderung übermäßigen
54 Leidens. Maschinen können auch nicht zuverlässig zwischen Kämpfer*innen und
55 Zivilist*innen unterscheiden. Darüber hinaus wäre unklar, wer in Fällen
56 unkontrollierter oder fehlerhafter Entscheidungen durch künstliche Intelligenz
57 die Verantwortung übernehmen würde oder übernehmen muss. Durch die technische
58 Komplexität von robotischen Systemen werden Streitkräfte in Zukunft noch
59 abhängiger von privaten Unternehmen. Der Einfluss ziviler Unternehmen, vor allem
60 ziviler Programmierer, auf die militärischen Anwendungen wächst. Wer stünde bei
61 von LAWS begangenen Massakern, Kriegsverbrechen oder anderen dramatischen
62 Aktionen vor Gericht? Sicherlich nicht der*die Hersteller*in der Hardware,
63 der*die Softwareentwickler*in oder auch einfach die Armeeführung oder das
64 Verteidigungsministerium als solches. LAWS würden jahrelange Bemühungen zur
65 Verrechtlichung des Krieges, der Rechenschaftspflicht von Angehörigen der
66 Streitkräfte und der ausgeübten militärischen Gewalt ins Leere laufen lassen.

67 Wir als GRÜNE JUGEND fordern daher ein weltweites präventives Verbot und eine
68 völkerrechtliche Ächtung letaler autonomer Waffensysteme sowie die Festlegung
69 eines Mindestmaßes an menschlicher Kontrolle (meaningful human control) bei
70 jeder Entscheidung über Leben und Tod. Union und SPD haben sich zwei Mal in
71 Folge in ihren Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 für eine Ächtung letaler
72 autonomer Waffensysteme ausgesprochen. Auf europäischem und internationalen

73 Parkett waren entsprechende Initiativen der Bundesregierung entweder nicht
74 vorhanden, oder sie kamen zögerlich und hatten zunächst die Absicht eine
75 rechtliche bindende Ächtung durch eine rein deklaratorische Politik
76 aufzuweichen. Mittlerweile hat sich die Gruppe der Regierungsexperten bei den
77 Verhandlungen im UN-Rahmen auf Prinzipien (guiding principles) verständigt und
78 die Absicht bekundet, ein „Rahmenwerk“ (operative and normative framework) zu
79 entwickeln. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein, hin zu einem
80 völkerrechtlichen Verbot. Ziel muss die internationale Ächtung vollautonomer
81 Waffen sein. Genau daran muss sich diese Initiative messen lassen.

82 Im Europäischen Parlament haben Bündnis 90/Die Grünen bereits im Herbst 2018
83 eine Entschließung mit entsprechender Botschaft initiiert, die von einer
84 überwältigenden Mehrheit von 566 Abgeordneten unterstützt wurde (1). Mit diesem
85 Schwung ist es dann Anfang 2019 gelungen, in zähen Verhandlungen mit Rat und
86 Kommission, autonome Waffensysteme aus dem 13 Milliarden Euro schweren
87 Europäischen Verteidigungsfond auszuschließen (2). In der EU-Verordnung zum
88 Verteidigungsfond steht damit (wohl weltweit einmalig) eine gesetzlich
89 verankerte Definition samt Verbot dieser neuen Technologie (3). Auch die
90 parlamentarische Versammlung der OSZE hat sich im Juli 2019 für eine
91 völkerrechtliche Ächtung von LAWS ausgesprochen. Ebenfalls mahnt der UN-
92 Generalsekretär Zurückhaltung bei der Entwicklung neuer Technologien an, solange
93 deren Vereinbarkeit mit dem humanitären Völkerrecht fraglich ist (4).

94 Für die von uns geforderte Ächtung von letalen autonomen Waffensystemen gibt es
95 eine breite Allianz. Pax Christi, Human Rights Watch, Amnesty International, das
96 Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Gesellschaft für Informatik (GI) und
97 der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützen eine
98 völkerrechtliche Ächtung von LAWS. Bereits im Juli 2015 haben mehr als 3000
99 Forscher der Fachrichtungen Künstliche Intelligenz und Robotik einen offenen
100 Brief, der die Ächtung von Killerrobotern fordert, unterzeichnet (5). Am 21.
101 August 2017 haben darüber hinaus 116 Gründer*innen führender Unternehmen der
102 Robotik und der künstlichen Intelligenz einen ähnlichen Brief an die UN
103 geschickt, darunter namenhafte Firmeninhaber*innen aus Silicon Valley (6). Von
104 besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die im Frühjahr 2019
105 beschlossenen Ethik-Leitlinien für künstliche Intelligenz der von der
106 Europäischen Kommission eingesetzten hochrangigen Expert*innengruppe, die sich
107 mit Blick auf Killerroboter (Paragraph 134) uneingeschränkt hinter die Forderung
108 des Europäischen Parlaments nach einem Verbot stellt.

109 Um mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, ist
110 daher dringend sofortiges politisches Handeln geboten:

- 111 • Unser Ziel ist die weltweite, völkerrechtliche Ächtung von LAWS.
112 Deutschland und die EU müssen auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) im
113 Rahmen der Certain Conventional Weapons (CCW) Verhandlungen klar für ein

- 114 Verbot dieser Waffen aussprechen, auf einen verbindlichen Verbotsvertrag
115 drängen und diesen Prozess zügig vorantreiben. Dabei müssen verbindliche
116 Mindeststandards wirksamer menschlicher Kontrolle definiert werden.
- 117 • Voraussetzung dafür ist eine klare Position der Bundesregierung, die
118 erreichte Verhandlungsziele mitträgt und sich endlich wie Österreich,
119 Brasilien, Chile, Mexiko, oder auch Belgien, Irland und Luxemburg
120 unzweideutig für einen Verbotsvertrag einsetzt.
 - 121 • Eine weitere Voraussetzung für eine effektive internationale Ächtung ist
122 die Erstellung einer formalen und rechtlich bindenden gemeinsamen EU-
123 Position (Gemeinsame Aktion), die nach Innen dazu führt, dass, solange
124 kein internationaler Verbotsvertrag besteht, bei dem die EU-
125 Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind, ein Moratorium bezüglich Einsatz
126 und Export von LAWS verhängt wird; für die internationale Ebene muss diese
127 Position das Verhandlungsziel eines Verbotsvertrages explizit festlegen.
128 Durch die Einigung beim Europäischen Verteidigungsfond haben die 28
129 Mitgliedstaaten sowohl eine Definition von LAWS, als auch die Idee des
130 Verbotes akzeptiert.
 - 131 • Es braucht ähnlich wie beim Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) eine
132 Organisation, die die Entwicklung von KI im militärischen Bereich
133 kontrolliert. Nur ein wirksames Verifikationsregime wird die Entwicklung
134 auch langfristig stoppen.
 - 135 • Solange internationale Regelungen noch auf sich warten lassen, sollte
136 Deutschland ein nationales Moratorium für die Entwicklung und Beschaffung
137 von LAWS veranlassen. Auch die Organisation für Sicherheit und
138 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kann ein guter Rahmen für regionale
139 Rüstungskontrolle sein.
 - 140 • Die Bundesregierung muss sich auch in der NATO für die Ächtung von LAWS
141 einsetzen und dort gegenüber allen Partnerstaaten deutlich machen, dass
142 sie keine Position unterstützen wird, die im Widerspruch zur Entschließung
143 des Europäischen Parlaments zu autonomen Waffensystemen ([2018/2752\(RSP\)](#))
144 steht.
 - 145 • Wir wollen jegliche staatliche Förderung von Projekten ausschließen,
146 welche der Entwicklung oder Nutzung von LAWS dienen. Wichtig ist jedoch
147 auch, wie beispielsweise im Umgang mit Chemiewaffen, dass Forschung
148 betrieben wird, wie Menschen sich gegen die Nutzung von LAWS schützen
149 können.
 - 150 • Bei jedem potentiell tödlichen Einsatz von KI-Algorithmen in
151

152 Waffensystemen der Bundeswehr muss volle menschliche Kontrolle, sowohl bei
153 der Entscheidung, als auch bei der Ausführung, gewährleistet sein.

153 • In Ethikkommissionen, die sich mit Fragen digitaler Entwicklungen
154 befassen, darf die sicherheitspolitische und militärische Ebene nicht
155 ausgeblendet werden.

156 • Als GRÜNE JUGEND unterstützen wir die Arbeit der „Campaign to Stop Killer
157 Robots“.

158 Fußnoten:

159 1) Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu autonomen Waffensystemen:
160 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2018-0308_DE.html

161 2) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2018 zu autonomen
162 Waffensystemen:
163 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0341_DE.html

164 3) Artikel 11(6) EU-Verordnung:
165 [http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-
166 0430_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0430_EN.pdf)

167 4) UN: „Securing our Common future“
168 <https://www.un.org/disarmament/publications/more/securing-our-common-future/>

169 5) Autonomous Weapons: An open letter from AI & Robotics Researchers:
170 <https://futureoflife.org/open-letter-autonomous-weapons/>

171 6) An open letter to the United Nations Convention on Certain Conventional
172 Weapons:
173 <https://www.cse.unsw.edu.au/~tw/ciair//open.pdf>